



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 26. September 2025

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 29. September 2025

Fokusthemen: **Gesundheit, Gerichte und Sicherheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen hauptsächlich über die Geschäftsberichte der Kantonsspitäler diskutieren. Danach stehen bis zur Mittagspause Vorstösse auf der Traktandenliste, welche die Gesundheitsdirektion betreffen. In der Nachmittagssitzung wird der Rat zwei unumstrittene Anträge zur Zahl der Beisitzenden an Gerichten und einen Beitrag für den Zürcher Kantonalverband für Sport behandeln, bevor eine Änderung der Verjährungsregelung im Zusatzleistungsgesetz auf der Traktandenliste steht. Anschliessend wird der Rat über zwei PI zu Asylthemen diskutieren.

Geschäftsberichte der Spitäler für das Jahr 2024 zur Genehmigung beantragt

Erfahrungsgemäss eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird die Genehmigung der Jahresberichte und der Berichte über die Umsetzung der Eigentümerstrategie verschiedener medizinischer Institutionen, auch wenn die Genehmigungen an sich unumstritten sind. So beantragt die Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG) einstimmig, die Berichte des Universitätsspitals Zürich (USZ) ([6022](#)), der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) ([6023](#)), des Kantonsspitals Winterthur (KSW) ([6024](#)) und der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) ([6025](#)) zu genehmigen. Gleichzeitig legt die ABG mit diesen Anträgen die Berichte zu ihrer Aufsichtstätigkeit vor. Die Aufsichtskommission hält fest, dass die finanzielle Situation für die Spitäler sehr anspruchsvoll bleibt und erwartet von allen Spitälern, dass sie ihre Betriebe kostenbewusst und effizient führen. Die Digitalisierung sei an allen Spitälern ein strategischer Prozess und angesichts der knappen finanziellen und personellen Ressourcen unerlässlich für die geforderten Effizienzsteigerungen. Das Kernstück sei das jeweilige Klinikinformationssystem. Die ABG hat sich von den vier Anstalten über bestimmte Themen informieren lassen, beispielsweise über die im Rahmen der Risikobeurteilung ergriffenen Sicherheitsmassnahmen gegen mögliche Cyberattacken. Zugenommen haben in allen kantonalen Spitälern Meldungen von Gewaltereignissen, wobei sich zwischen den Akutspitälern und den Psychiatrien unterschiedliche Ausprägungen zeigen. Häufig sind Patienten die Aggressoren. Aus Sicht der ABG haben die Anstalten angemessene Massnahmen ergriffen, um ihr Personal zweckmässig zu schützen.

ABG-Präsidentin: Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Vorstösse zu Governance ohne Zielkonflikte und Entlastung von Arztpraxen

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit bis zur Mittagspause wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Bildungsdirektion betreffen. Auf der Traktandenliste stehen zwei Postulate, die der Regierungsrat entgegennehmen wollte. Sie hätten also bei der ersten Behandlung diskussionslos überwiesen werden können. Weil aber jeweils mindestens ein Ratsmitglied eine Diskussion verlangt hat, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr möchte vom Regierungsrat wissen, wie die Rollen der Kantonsregierung im Gesundheitswesen entflochten werden können ([KR-Nr. 209/2024](#)). Und Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, möchte den Regierungsrat beauftragen, die bestehenden Pilotprojekte zum Thema «Soziale Arbeit in Arztpraxen» zu evaluieren und entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten inkl. Finanzierungsvarianten innerhalb des Kantons Zürich zu prüfen ([KR-Nr. 249/2024](#)).

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), 079 210 21 61

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen), 077 255 27 56

Festsetzung der Zahl der Beisitzenden der Mietgerichte und der Arbeitsgerichte

Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit der Zahl der Beisitzenden der Mietgerichte ([KR-Nr. 179/2025](#)) und der Arbeitsgerichte ([KR-Nr. 180/2025](#)) für die Amtsdauer 2026–2032 befassen. Die Justizkommission (JUKO) beantragt in beiden Fällen einstimmig, die Zahl der Beisitzenden gemäss Antrag des Obergerichts festzulegen. Bei fast allen Bezirksgerichten soll die Zahl der Beisitzenden damit unverändert bleiben. Für das Bezirksgericht Meilen wird eine Erhöhung der Beisitzenden von 10 auf 14 beantragt, da die Mietgerichtsfälle zugenommen haben. Für das Bezirksgericht Dietikon wird eine Senkung von 20 auf 18 Beisitzende beantragt, weil diese nur selten bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten effektiv zum Einsatz kommen.

JUKO-Präsident: Tobias Mani (EVP, Wädenswil), 079 619 56 53

Beitrag an den Zürcher Kantonalverband für Sport soll genehmigt werden

Kaum Opposition dürfte es gegen den jährlichen Beitrag von 5,95 Millionen Franken für die Jahre 2026–2029 aus dem Sportfonds an den Zürcher Kantonalverband (ZKS) für Sport für die Unterstützung des Verbands- und Vereinssports sowie zur Abgeltung der Aufgaben aus der Leistungsvereinbarung mit der Sicherheitsdirektion geben. Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Beitrag zu genehmigen ([6008](#)). Damit soll die bewährte Zusammenarbeit zwischen dem Sportamt des Kantons Zürich und dem ZKS im Rahmen der kantonalen Sportförderung für weitere vier Jahre fortgeführt werden. Die Betriebsführung des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg, die Mitwirkung bei Beitragsgesuchen für den Bau von Sportanlagen sowie die Förderung des Verbands- und Vereinssports sind die zentralen Aufgaben des ZKS.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

Neue Verjährungsregel bei Rückerstattungsansprüchen für Zusatzleistungen

Rückerstattungsansprüche für Zusatzleistungen sollen neu nach Ablauf von fünf Jahren verjähren, nachdem das mit der Durchführung betraute Organ davon Kenntnis erhalten hat – spätestens aber nach Ablauf von zehn Jahren nach Entrichtung der einzelnen Beihilfezahlung. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Verjährungsregelung bei der Rückerstattung von rechtmässig bezogenen Beihilfen zu ändern ([KR-Nr. 278/2023](#)). Die dazu nötige Änderung des Zusatzleistungsgesetzes basiert auf einer Einzelinitiative.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Keine fixe Aufnahmequote von Asylsuchenden für die Gemeinden

Kontrovers diskutiert werden dürfte die parlamentarische Initiative (PI) von SVP-Kantonsrat Stefan Schmid betreffend «Gesetzliche Festlegung der Obergrenze bei der Aufnahmequote von Asylsuchenden». Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 330/2024](#)). Für die Mehrheit der Kommission ist es nicht zielführend, Asylsuchende in kantonalen Zentren statt lokal in den Gemeinden aufzufangen, zumal auch kantonale Zentren irgendwo erstellt werden müssten. Das Problem liege auf Stufe Bund. Eine Minderheit aus SVP und FDP will von einer starren Aufnahmequote für die Gemeinden absehen, möchte aber dennoch nach einer Lösung suchen, die den Gemeinden nach einer Quotenerhöhung eine längere Vorbereitungszeit gewährt. Sie beantragt deshalb Rückweisung der PI an die KSSG zur Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Aufgabenteilung und Finanzierung im Asylbereich beibehalten

Umstritten war in der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) die PI von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel betreffend «Standesinitiative: Asylkosten sollen vollständig vom Bund

getragen werden». Die STGK beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, die PI abzulehnen ([KR-Nr. 248/2024](#)). Die Kommissionsmehrheit bemängelt, dass lediglich Ausgaben zwischen den staatlichen Ebenen verlagert und keine Kosteneinsparungen erzielt würden. Zudem hält sie das Anliegen im aktuellen finanzpolitischen Umfeld des Bundes für nicht umsetzbar und sogar potenziell kontraproduktiv. Die Kommissionsminderheit aus SVP und FDP stört, dass der Bund den Kantonen und Gemeinden Asylkosten überträgt, ohne dass sie Mitsprachemöglichkeiten hätten. Zudem sei die Kostenstruktur im Asylwesen intransparent, was eine sachliche Beurteilung und Steuerung erschwere.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12